

Beschluss

Abschiebungen stoppen – unbefristete Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien!

Antragsteller*in: Dr. Gesa Busche, Kassem Taher Saleh, Paula Moser

Tagesordnungspunkt: 3.6. Dringlichkeitsantrag: Abschiebungen stoppen – unbefristete Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien!

Antragstext

- 1 Seit dem schrecklichen Anschlag am 04. Oktober 2020 auf der Schloßstraße in
2 Dresden fordert das sächsische Innenministerium erneut, den Abschiebestopp für
3 Gefährder*innen nach Syrien aufzuheben. Wir als Kreisverband Dresden der Bündnis
4 90/Die Grünen fordern, den Abschiebestopp nach Syrien zu verlängern.
- 5 Syrien ist immer noch ein Staat, in dem flächendeckend gefoltert wird und in dem
6 Menschenrechte weitreichend verletzt werden. Das Flüchtlingshochkommissariat der
7 UN (UNHCR) erklärt zur internationalen Schutzbedürftigkeit von Menschen aus
8 Syrien, dass „ganze Gruppen von Familien, religiöse oder ethnische
9 Gemeinschaften, ganze Dörfer, Städte und Nachbarschaften unter Generalverdacht“
10 gestellt und verfolgt werden.“ (1)
- 11 Auch laut Berichten von Amnesty International geht der syrische Staat unter
12 Bashar al-Assad landesweit gewalttätig und systematisch gegen die
13 Zivilbevölkerung und zivile Institutionen vor. (2) Das Auswärtige Amt verweist
14 auf die im Land existierende Unsicherheit, bei der jegliche interne
15 Fluchtalternativen fehlen. „Nach wie vor besteht in keinem Teil Syriens ein
16 umfassender, langfristiger und verlässlicher interner Schutz für verfolgte
17 Personen; es gibt keine Rechtssicherheit oder Schutz vor politischer Verfolgung,
18 willkürlicher Verhaftung und Folter.“ (3)
- 19 Laut dem Refoulement-Verbot, abgeleitet aus dem Folterverbot des Art. 3 EMRK,
20 ist eine Abschiebung in einen Staat, in dem mit einer Bedrohung für Leib und
21 Leben zu rechnen ist, europarechtswidrig. Art. 3 gilt absolut und kann nicht
22 durch eine Einstufung als sogenannte*r „Gefährder*in“ aufgeweicht werden. Auch
23 der Europäische Gerichtshof hat dies mehrfach bestätigt. (4)
- 24 Nicht nur die Rechtslage, sondern auch unsere demokratischen Grundwerte
25 verbieten es uns, Menschen in ein Land, in dem ihnen Folter und unmenschliche
26 Behandlung droht, abzuschicken.
- 27 Wir als Kreisverband Dresden fordern die bündnisgrünen Regierungsmitglieder
28 folgende Punkte weiterhin zu vertreten:
- 29 1. Sich aktiv gegen Abschiebungen nach Syrien einzusetzen und sich mit
30 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ähnliches fordern, zu
31 solidarisieren.
- 32 2. Mit großem Nachdruck auf eine Verlängerung des Abschiebestopps bei der
33 kommenden (und weiteren zukünftigen) Innenministerkonferenz(en) hinzuwirken.
- 34 3. Die sächsischen Staatsministerien der Justiz und für Demokratie, Europa und
35 Gleichstellung sowie des Inneren und Sport auffordern,

36 Deradikalisierungsprogramme zu schaffen, geeignete Aussteigerprogramme zu
37 entwickeln sowie Präventionsmaßnahmen und Reintegrationsmaßnahmen in Betracht zu
38 ziehen.

39 Quellen

40 (1) https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_98/s98_30-33.pdf

41 (2) <https://www.amnesty.org/en/documents/MDE24/2089/2020/en/>

42 (3) [https://fragdenstaat.de/dokumente/4066-lagebericht-syrien-des-auswaertigen-](https://fragdenstaat.de/dokumente/4066-lagebericht-syrien-des-auswaertigen-amts/)
43 [amts/](https://fragdenstaat.de/dokumente/4066-lagebericht-syrien-des-auswaertigen-amts/), S.21, Stand 30.03.2020

44 (4)

45 [https://www.bundestag.de/resource/blob/408768/e5632bc349bdd5722303c06481316d7f/w-](https://www.bundestag.de/resource/blob/408768/e5632bc349bdd5722303c06481316d7f/w-d-2-002-16-pdf-data.pdf)
46 [d-2-002-16-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/408768/e5632bc349bdd5722303c06481316d7f/w-d-2-002-16-pdf-data.pdf)

Unterstützer*innen

Claudia Creutzburg (KV Dresden); Amone Scheffel (KV Dresden); Charlotte Henke (KV Dresden); Karl-Heinz Gerstenberg (KV Dresden); Anne Rußeck (KV Dresden)